

Freie Demokraten

FDP

FDP LV Berlin · Dorotheenstr.56 · 10117 Berlin

Humanistische Union
Landesverband Berlin-Brandenburg
Herrn Axel Bussmer
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Berlin, 06. Juni 2016

Henner Schmidt
Stv. Landesvorsitzender

h.schmidt@fdp-berlin.de
www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin
Dorotheenstr. 56
10117 Berlin


T: 030 27 89 59 0
F: 030 27 89 59 17

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bussmer,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2016.

Anbei finden Sie unsere Antworten zu den von Ihnen gestellten umfangreichen Fragen. Für Diskussionen und Nachfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Henner Schmidt
Stv. Landesvorsitzender

Wahlprüfsteine der Humanistischen Union zu den Abgeordnetenhaus-Wahlen am 18. September 2016

Antworten der FDP Berlin, 06. Juni 2016

Innenpolitik

Polizei

Befürworten Sie die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle, die Vorwürfen unverhältnismäßigen polizeilichen Handelns und Problemen innerhalb der Polizei nachgeht („Polizeibeauftragter“)?

Die FDP Berlin befürwortet die Einrichtung einer solchen unabhängigen Beschwerdestelle für minder schwere Vorwürfe, denen so schnell und unbürokratisch nachgegangen werden kann. Vorwürfe strafbarer Handlungen müssen weiterhin Sache der Staatsanwaltschaft und Justiz bleiben.

Befürworten Sie die Abschaffung verdachtsunabhängiger Kontrollen an sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orten“?

Ja. Die FDP Berlin fordert, die Regelung über die Identitätsfeststellung und Durchsuchung ohne Verdachtsmoment an „kriminalitätsbelasteten Orten“ ersatzlos zu streichen.

Was wollen Sie gegen das „Racial Profiling“ unternehmen?

Racial Profiling stellt leider immer noch eine der härtesten Diskriminierungen für Menschen mit Migrationshintergrund dar. Die FDP Berlin will diesen Umstand zum Gegenstand der Polizistenausbildung und -fortbildung machen und dabei dafür sensibilisieren, dass nur konkretes Verhalten und keine äußerlichen Merkmale Verdachtsmomente begründen dürfen. In diesem Zusammenhang ist auch durch eindeutige Dienstanweisungen sicherzustellen, dass Racial Profiling durch Polizei-, Zoll- oder Verwaltungsbeamte notfalls auch dienstrechtlich geahndet wird.

In welchem Rahmen halten sie den Einsatz von Predictive Policing für sinnvoll?

Die FDP Berlin möchte Predictive Policing so einsetzen, dass die Polizei zum Beispiel Streifenfahrten an Orten mit zu erwartender Kriminalität statt an willkürlich ausgewählten Orten durchführt. Die Anforderungen des Datenschutzes sind dabei streng zu beachten. Es dürfen nur anonymisierte Daten verwendet werden. Zusätzliche – vor allem personenbezogene – Daten dürfen für den Zweck des Predictive Policing nicht erhoben werden.

Die Vorhersage krimineller Akte darf sich nur auf Orte, nicht auf Personen beziehen. Predictive Policing darf nicht dazu führen, dass sich bei Menschen allein durch den Aufenthalt an einem bestimmten Ort ein diffuses Gefühl des Beobachtetwerdens einstellt („Chilling Effects“).

Was spricht aus ihrer Sicht für den Einsatz von Bodycams bei Polizisten und in welchen Situationen wollen Sie sie einsetzen?

Die FDP Berlin hält den Einsatz von Bodycams bei Polizisten nicht für zielführend.

Videoüberwachung

Unter welchen Umständen halten Sie eine Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen für erforderlich? Wie soll der Zugriff auf die dabei entstehenden Daten geregelt werden?

Videoaufnahmen im öffentlichen Raum dürfen nur dann erfolgen, wenn die Eignung dieser Maßnahme tatsächlich erwiesen ist und wirksame mildere Mittel nicht zur Verfügung stehen (Prinzip der Verhältnismäßigkeit). Zudem dürfen die Aufnahmen nur bei konkretem Verdacht einer Straftat dauerhaft gespeichert werden (Quick-Freeze-Verfahren), andernfalls dürfen sie niemandem zugänglich sein und müssen nach kurzer Zeit wieder gelöscht werden.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss deutlich erkennbar gekennzeichnet werden.

Befürworten Sie eine unabhängige und umfassende wissenschaftliche Evaluation der Kriminalitätspräventionswirkung der Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen?

Ja. Die FDP Berlin möchte die Effektivität und Effizienz sämtlicher Überwachungsmaßnahmen regelmäßig evaluieren. Die Effektivität ist daran zu messen, dass die Kriminalität gesenkt und nicht lediglich in andere Gebiete verdrängt wird.

Wo und warum halten Sie den Ausbau der Videoüberwachung für erforderlich?

Die FDP Berlin hält den Ausbau der Videoüberwachung nicht für erforderlich. Wir akzeptieren Videoüberwachung nur in dem Maße, in dem sie effektiv und effizient ist und keine wirksamen mildereren Mittel zur Verfügung stehen. Bestehende Videoüberwachung möchten wir evaluieren und sie dort abschaffen, wo sie diese Kriterien nicht erfüllt.

Demonstrationsrecht

Seit der Föderalismusreform könnte auch Berlin ein Landesversammlungsrecht beschließen. Halten Sie das für nötig? Und, wenn ja, was sollte in dem Gesetz stehen?

Die FDP Berlin hält das bisherige Bundesversammlungsgesetz und die hierzu ergangene ausführliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für ausreichend und angemessen. Deshalb sehen wir keine Notwendigkeit, ein Landesversammlungsgesetz zu beschließen, zumal damit die Gefahr einhergeht, dass dadurch Einschränkungen des Demonstrationsrechts vorgenommen werden, was die FDP Berlin explizit ablehnt.

Verfassungsschutz

Wie wollen sie den Verfassungsschutz und den Polizeilichen Staatsschutz in der nächsten Legislaturperiode und langfristig weiterentwickeln?

Eine funktionierende wehrhafte Demokratie benötigt einen umfassend kontrollierten, modernen und transparenten Verfassungsschutz, der imstande ist, Radikalisierungstendenzen und Gewaltorientierung frühzeitig zu erkennen und ihnen wirksam entgegenzutreten. Für die Ausbildung von Verfassungsschützern müssen bundesweit einheitlich Standards geschaffen werden. Für die Verpflichtung von V-Leuten müssen ebenfalls bundesweit einheitliche Standards geschaffen und eine „Doppelverpflichtung“ durch mehrere Dienste der Länder oder des Bundes ausgeschlossen werden. Für Aktenmanagement und Löschungsvorschriften müssen ebenfalls bundesweit einheitliche, verlässliche Regeln geschaffen werden.

Das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz- und Polizeibehörden muss in jedem Fall strikt aufrechterhalten bleiben.

Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe

Demokratische Teilhabe

Wollen Sie die Einflussmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern auf bezirklicher und Landesebene verbessern? Wenn ja, nennen sie bitte Ihre drei wichtigsten Maßnahmen.

- Bei der Stadtplanung und großen Bauprojekten wollen wir neue Möglichkeiten für eine sehr frühzeitige Bürgerbeteiligung schaffen, um die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an bei grundsätzlichen Diskussionen über Alternativen zu beteiligen.
- Neue digitale Instrumente wollen wir nutzen, um für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbare Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Wir wollen Gesetzesvorhaben vor der Beschlussfassung durch das Abgeordnetenhaus auf einer Bürgerbeteiligungsplattform zur Diskussion stellen.
- Abstimmungstermine von Volks- und Bürgerentscheiden müssen auf maximal drei im Voraus definierte Abstimmungstermine pro Jahr konzentriert und in Wahljahren mit den Wahlterminen verbunden werden.

Sollen Bürgerentscheide auf bezirklicher Ebene verbindlich sein?

Ja.

Wie wollen Sie Jugendliche und andere Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte unterstützen?

Die FDP Berlin setzt sich dafür ein, dass jeder der zwölf Berliner Bezirke ein Kinder- und Jugendparlament mit Rechten und Befugnissen zur Wahrnehmung der Interessenvertretung gegenüber den Bezirksverordnetenversammlungen einrichtet. Das Berliner Schulgesetz muss dementsprechend angepasst werden.

Wir fordern zudem einen deutlichen Ausbau der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten (s. vorhergehende Frage).

Befürworten Sie eine Änderung der Quoren auf Bezirks- und Länderebene?

Nein. Wir sehen die Ursache dafür, dass vergangene Volksbegehren das Quorum nicht erreicht haben, vor allem darin, dass der Senat die Abstimmungstermine strategisch bewusst ungünstig festgesetzt hat. Daher wollen wir mögliche Abstimmungstermine gesetzlich regeln, statt diese der Entscheidung des Senats zu überlassen.

Welche Reformen des Landeswahlrechts streben Sie an (z. B. Wahlalter 16, 3-Prozent-Hürde, Ausländerwahlrecht, Kumulieren, Panaschieren)?

Wir wollen den Wählerinnen und Wählern mehr Einfluss auf die Listenreihenfolge der Kandidaten einräumen und ihnen ermöglichen, mit ihrer Stimme nicht nur Parteien, sondern auch einzelne Bewerber auszuwählen und so die Parteilisten zu verändern. Wir wollen deshalb sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene das Kumulieren und Panaschieren einführen.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass alle zur Wahl gehen können und die Wahlinformationen verstehen?

Durch das Kumulieren und Panaschieren werden die Stimmzettel komplizierter. Wir möchten diese Möglichkeiten daher für die Wählerinnen und Wähler optional machen, d.h. es soll auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, für eine vorgegebene Parteiliste zu stimmen.

Zudem müssen die Möglichkeiten genutzt werden, die Wahlinformationen vorab vollumfänglich online bereitzustellen.

Der eigentliche Wahlvorgang muss weiterhin im Stimmlokal oder per Briefwahl erfolgen, da eine Online-Abstimmung die hohen Anforderungen an die Vertraulichkeit der Wahl und die Transparenz der Ergebnisermittlung nicht erfüllen kann.

Informationsfreiheitsgesetz

Was wollen Sie beim Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das inzwischen siebzehn Jahren in Kraft ist, ändern?

Wir fordern eine Reform des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes nach Hamburger Vorbild. Es soll für Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz kein Antrag mehr nötig sein. Die Verwaltungsbehörden werden verpflichtet, Akten selbstständig in ein öffentliches Onlineinformationsregister einzustellen. Bei der Ausgestaltung soll hierbei auf berechnete Interessen Einzelner weitgehende Rücksicht genommen werden, ohne jedoch den Informationsanspruch faktisch zu entwerten.

Bürgerschaftliches Engagement

Wie wollen Sie Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen besser an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen beteiligen?

Die FDP Berlin fordert ein transparentes Verwaltungshandeln und Beteiligungsmöglichkeiten für alle Interessierten an der Planung von Großprojekten. Dabei müssen insbesondere die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, um unbürokratische Partizipationsmöglichkeiten bereitzustellen.

Erkennen Sie den Wert und Eigensinn des zivilgesellschaftlichen, freiwilligen Engagements in Berlin an? Wie könnte die Anerkennungskultur für freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger in Berlin verbessert werden?

Ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens und genießt zu Recht hohe Anerkennung. Die hohe Bereitschaft der Berlinerinnen und Berliner, sich vielfältig zu engagieren, darf der Senat jedoch nicht missbrauchen, indem er seine eigenen Pflichten vernachlässigt – etwa bei der Erstversorgung in Berlin eintreffender Flüchtender vor dem LaGeSo.

Nennen Sie drei Maßnahmen, mit denen Sie Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements (z. B. Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäuser oder das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“) stärken wollen.

Für eine weitergehende finanzielle Unterstützung sieht die FDP Berlin angesichts der anhaltend angespannten Haushaltslage keinen Spielraum. Soweit eine kostenneutrale Unterstützung möglich ist, zum Beispiel durch die Bereitstellung landeseigener, nicht anderweitig genutzter Liegenschaften, wollen wir diese Möglichkeiten ausschöpfen.

Bildungschancen

Was wollen Sie tun, um die Bildungschancen von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern und Kindern mit Sprachdefiziten zu verbessern? Bitte nennen Sie Ihre drei wichtigsten Punkte.

- Wahrnehmung und Ausstattung frühkindlicher Bildung als wichtige Bildungsaufgabe

Frühkindliche Bildung erhöht die Chancengerechtigkeit für Kinder. So werden Grundlagen für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft geschaffen. Wir werden daher sicherstellen, dass Kindertagespflege, Kitas und weitere Angebote sich nicht nur der Betreuung, sondern vor allem der frühkindlichen Bildung verpflichten. Sie erfüllen gemeinsam mit den Schulen eine integrative Aufgabe. Der Betreuungsschlüssel an Berliner Kitas muss dementsprechend angepasst werden, damit Lehrerinnen und Lehrer ihren pädagogischen Aufgaben ohne Hindernisse und dauernde Überbelastung nachkommen können.

Ohne Sprachverständnis kann kein Kind, gleich welcher Herkunft, erfassen, was ihm Schulbildung vermittelt. Sofern Sprachdefizite festgestellt werden, wollen wir deshalb eine Pflicht einführen, eine frühkindliche Bildungseinrichtung mindestens in den letzten zwei Jahren vor Schulbeginn zu besuchen.

- Frühzeitige Einbindung der Eltern

Zu Beginn der Schulzeit sollen Zielvereinbarungen zwischen Schule und Eltern abgeschlossen werden, die die Aufgaben beider Seiten klar definieren. Dies hilft, Eltern ihre besondere Verantwortung und ihre Möglichkeiten bei der Förderung ihres Kindes zu verdeutlichen.

- Mehr Eigenverantwortung für die Schulen

Wir Freien Demokraten setzen auf die eigenverantwortliche Schule. Das Budget einer Schule definiert sich in Zukunft nach dem Prinzip „Geld folgt Schülern“ rein

über Schülerkostensätze. Die Schulen sollen ihre pädagogischen Ansätze, Schwerpunkte, Personal und die Verwendung finanzieller Mittel weitgehend eigenverantwortlich entscheiden. Damit wollen wir ermöglichen, dass jedes Kind die für seine Talente passende Schule finden kann und möglichst individuell gefördert wird.

Die individuelle Förderung der Kinder mit Förderbedarf wollen wir über ein zusätzliches Budget verbindlich regeln.

Integration

Wie wollen Sie allen Asylsuchenden, aber natürlich auch allen langjährig Geduldeten, eine Integrationsperspektive bieten und deren gesellschaftliche Teilhabe verbessern? Bitte nennen Sie Ihre drei wichtigsten Punkte.

Integration und gesellschaftliche Teilhabe hängen wesentlich von guter Bildung und Arbeit ab. Hierbei kommt dem Spracherwerb eine besondere Rolle zu, ebenso wie der Vermittlung deutscher Werte und Normen. Deshalb setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Frühzeitigere und verpflichtende Angebote für alle Zuwanderer, unabhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltsstatus.

Wir fordern frühzeitigere und verpflichtende Angebote für alle Zuwanderer, unabhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltsstatus. Wer verpflichtende Angebote fordert, muss aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen liefern. Deshalb müssen Bund und Land mehr Ressourcen für solche Angebote bereitstellen.

- Deutlicher Ausbau des Bildungsangebotes

Die Wartezeiten auf Sprach- und Integrationskurse müssen unbedingt abgebaut werden. Deswegen setzen wir uns für einen starken Ausbau des Bildungsangebotes ein, wobei gleichzeitig auch die inhaltliche Qualität des Angebotes besser abgesichert werden muss.

- Ausbau beruflicher Qualifikationsmöglichkeiten

Auch der Ausbau beruflicher Qualifikationen muss durch entsprechende Angebote erfolgen, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Für Arbeitgeber, die sich für diese Zielgruppe öffnen wollen, fordern wir bessere Angebote z.B. durch interkulturelle Trainings für die einheimischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

AGG

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist im Spätsommer zehn Jahre in Kraft. Wo sehen Sie Reformbedarf? Was wollen Sie auf Landesebene ändern?

Die FDP sah das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz seinerzeit kritisch, da die Beweislastumkehr die Gefahr birgt, aufgrund der bloßen Nichterbringbarkeit des Gegenbeweises verurteilt zu werden. Zu der seinerzeit befürchteten Klagewelle ist es jedoch nicht gekommen. Die FDP Berlin befürwortet daher eine Eruierung des Gesetzes anhand der bisherigen Fallzahlen und eine Nachbesserung bei den konkreten, tatbestandlichen Formulierungen im Gesetz, insbesondere auch hinsichtlich der

Ausnahmen, unter denen eine Ungleichbehandlung ausnahmsweise gerechtfertigt sein soll. Da das AGG jedoch ein Bundesgesetz ist, sehen wir derzeit keinen Handlungsbedarf auf Landesebene.

Beschaffungswesen

Sollen beim Beschaffungswesen von Ämtern, Verwaltungen und anderen öffentlichen Arbeitgebern auch bürger- und menschenrechtliche Aspekte (wie die ILO-Normen) beachtet werden? Wenn ja: welche und wie sollen sie in Berlin auf Landes- und bezirklicher Ebene umgesetzt werden?

Die derzeitigen Regelungen des Beschaffungswesens in Berlin sind bereits jetzt so kompliziert, dass es kleinen und mittleren Unternehmen zu schwer gemacht wird, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Auch führt die hohe Zahl der Anforderungen dazu, dass diese nur formal nachgehalten und kaum nachgeprüft werden. Wir halten deshalb eine Einbeziehung weiterer Aspekte und Anforderungen in das Berliner Beschaffungswesen nicht für zielführend.

Gesundheit

Wie wollen Sie die Beachtung der Menschenrechte in stationären und teilstationären Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Psychiatrie, Altenheime) sicherstellen?

Wir setzen uns für eine umfassende Qualitätsinitiative in der Pflege ein. Dazu fördern wir einen Qualitätswettbewerb, der sich an den Wünschen der Pflegebedürftigen orientiert. Zur Steuerung der Qualität unterstützen wir den Aufbau einer indikatorgestützten Qualitätsberichterstattung.

Alle Pflegeeinrichtungen sollen zur Sicherung der Qualität und menschenwürdiger Bedingungen in den Pflegeeinrichtungen regelmäßig von unabhängiger Seite ohne Vorankündigung geprüft werden.

Strafvollzug

Welche Maßnahmen zur Vermeidung von Gefängnisaufenthalten sollten aus Ihrer Sicht ergriffen werden?

Die FDP Berlin befürwortet die bisherigen Möglichkeiten des offenen Strafvollzugs. Bereits bei Strafantritt soll kurzfristig durch eine gemeinsame Vollzugsplanung unter Berücksichtigung der Persönlichkeit des Täters der offene Vollzug gleichberechtigt in Betracht kommen. Die FDP Berlin befürwortet zudem die Schaffung von Alternativen zur Ersatzfreiheitsstrafe, z.B. durch die Ableistung gemeinnütziger Arbeit.

Bei den vorzeitigen Entlassungen liegt Berlin bundesweit ganz hinten. Wie kann Berlin hier seine Position verbessern?

Die vorzeitige Haftentlassung ist immer eine Einzelfrage, die nicht abstrakt und generell entschieden werden kann. Da aufgrund des Personalmangels in der Justiz häufig nicht die Sorgfalt auf den Einzelfall verwandt werden kann, befürwortet die FDP Berlin eine angemessene Aufstockung der Richter- und Staatsanwaltsstellen. Zudem müssen

sukzessive Lockerungen im Strafvollzug durchgeführt werden, damit die Prognose im Falle einer vorzeitigen Entlassung seltener negativ ausfällt- der jeweilige Strafgefangene soll also langsam an ein Leben in Freiheit herangeführt werden.

Welche Änderungen bei den Haftbedingungen und bei der Resozialisierung halten sie für wünschenswert?

Die Berliner Haftanstalten entsprechen in Ihren baulichen Gegebenheiten noch häufig dem Baukonzept der Kaiserzeit. Mittel- bis langfristig ist daher der Bau neuer Einrichtungen, bzw. die Sanierung nach modernen Gesichtspunkten unerlässlich. Kurzfristig muss sichergestellt werden, dass keine Überbelegung mehr stattfindet und in diesem Rahmen eine Verlegung in Haftanstalten in anderen Bundesländern, wo noch freie Kapazitäten bestehen, möglich ist. Die genaue Planung des Strafvollzugs und des Übergangs in die Freiheit muss selbstständiger Regelungsgegenstand im Landesstrafvollzugsgesetz werden.

Sicherungsverwahrung

Wie sollen die Sicherungsverwahrten auf die Freiheit vorbereitet werden?

Auch im Bereich der Sicherungsverwahrung sind hinreichende Betreuungs- und Therapieangebote unerlässlich, um die Sicherungsverwahrten sachgerecht auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten. Ebenso sind sukzessive Vollzugslockerungen vorzunehmen, um eine Resozialisierung nicht mehr gefährlicher Täter auch tatsächlich zu ermöglichen.

FDP Berlin, 06. Juni 2016